

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Staatsministerin Prof. Dr. Marion Kiechle

Abg. Harald Güller

Abg. Bernd Kränzle

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Dr. Sepp Dürr

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über die Stiftung Staatstheater Augsburg (Drs. 17/22360)

- Erste Lesung -

Den Gesetzentwurf begründet Frau Staatsministerin Prof. Dr. Kiechle. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Prof. Dr. Marion Kiechle (Wissenschaft und Kunst): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Das bisherige Städtische Theater Augsburg soll entsprechend der Ankündigung unseres Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung vom 18. April dieses Jahres in ein neues Staatstheater Augsburg umgewandelt werden. Ziel ist es, das neue Staatstheater Augsburg von einer neu zu gründenden gemeinnützigen Stiftung in gemeinsamer Trägerschaft von Staat und Stadt zu betreiben.

Dazu bedarf es eines Stiftungserrichtungsgesetzes, dessen Entwurf der Ministerrat am 5. Juni 2018 gebilligt und in den Landtag eingebracht hat. Bei der Ausgestaltung des Stiftungserrichtungsgesetzes haben wir uns an dem erfolgreichen Modell der Stiftung Staatstheater Nürnberg orientiert, welches im Jahre 2005 errichtet wurde und sich bewährt hat. Hierauf konnten wir für Augsburg unmittelbar aufsetzen. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die spezifischen Augsburger Belange gerichtet, insbesondere auf die kulturpolitischen Ergebnisse des im Vorfeld der Generalsanierung breit angelegten Bürgerbeteiligungsprozesses zur Eröffnung des Theaters, die im Abstimmungsprozess mit der Stadt berücksichtigt wurden.

Wesentliche Kernpunkte des Gesetzentwurfes sind: Zentrales Stiftungsorgan wird der vom Freistaat Bayern und der Stadt Augsburg paritätisch besetzte, aus sechs Mitgliedern bestehende Stiftungsrat. Der Vorsitz wechselt in dreijährigem Turnus alternierend. Die Stiftung Staatstheater Augsburg wird paritätisch von der Stadt Augsburg und dem Freistaat finanziert werden. Perspektivisch wird angestrebt, dass die zusätzlichen

Mittel des Freistaats der künstlerischen Qualität des künftigen Staatstheaters zugutekommen. Die Stadt Augsburg bleibt auch nach der Errichtung des Stiftungstheaters Augsburg Eigentümerin ihrer Liegenschaft. Sie überlässt die Nutzung der zugehörigen Immobilien der zu gründenden neuen Stiftung. Laufende Bauunterhaltskosten sowie kleine Baumaßnahmen trägt die Stiftung. Darüber hinausgehende große Baumaßnahmen trägt die Stadt allein. Damit erfolgt auch die anstehende Generalsanierung des Theaters Augsburg nach der bereits festgelegten Finanzierungsstruktur durch die Stadt Augsburg mit Förderung des Freistaats Bayern nach Artikel 10 des Finanzausgleichsgesetzes. Die Baumaßnahme wird durch die Errichtung der Stiftung Staatstheater Augsburg keine staatliche Maßnahme.

Besonderes Augenmerk bei der Umwandlung des Städtischen Theaters Augsburg in ein Staatstheater wird darauf gerichtet, dass der Trägerwechsel für die Theatermitarbeiter ohne Nachteile vonstattengeht. Die bestehenden Arbeitsverhältnisse gehen mit der Errichtung der Stiftung statuswährend im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf diese über.

Augsburg ist die drittgrößte Metropole Bayerns und war seit jeher ein bedeutendes kulturelles Zentrum. Mit ihrem partnerschaftlichen Engagement stellen Freistaat und Stadt sicher, dass das künftige Staatstheater auf allerhöchstem künstlerischem Niveau arbeiten kann. Die Umwandlung des Theaters Augsburg in ein Staatstheater bedeutet nach der 2012 erfolgten Verstaatlichung der Staats- und Stadtbibliothek Augsburg sowie der Entscheidung für die Gründung eines Universitätsklinikums eine weitere Aufwertung der Metropolregion Augsburg. Sie setzt auf diese Weise ein deutliches Zeichen zur weiteren Regionalisierung der bayerischen Kulturpolitik. Die Metropole Augsburg wird damit neben München und Nürnberg der dritte Standort für ein Staatstheater. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Ich eröffne damit die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Verteilung darf ich als bekannt voraussetzen. Die erste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Güller.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, Frau Ministerin! Dass heute in Erster Lesung das Gesetz für ein Staatstheater Augsburg, besser gesagt: für eine 50%ige Beteiligung des Freistaats an einer Stiftung vorliegt, ist kein Geschenk an die Stadt Augsburg und an die Menschen, die dort leben und wohnen. Dieser Gesetzesentwurf ist kein Geschenk – er ist verdient, und zwar hochverdient.

Das Ensemble mit seinem Dreispartenhaus, die künstlerische Leistung der vergangenen Jahrzehnte, die an dem Städtischen Theater Augsburg erbracht wurde, hat es verdient. Die Stadt hat es verdient aufgrund ihrer klaren Entscheidung zur Sanierung des denkmalgeschützten heutigen Städtischen Theaters, die unter hohem finanziellem Einsatz erfolgt ist. Insgesamt – das hat die Ministerin betont – hat es der Ballungsraum Augsburg als drittgrößter Ballungsraum in Bayern verdient.

Man muss hier aber auch feststellen, dass diese Entscheidung längst überfällig ist. Nürnberg wurde im Jahr 2005 Staatstheater im Wege einer Stiftung. Wäre diese Entscheidung in Augsburg zum gleichen Zeitpunkt gefallen, hätte das der Stadt Augsburg jährlich circa 4 Millionen Euro an Personalkosten erspart. Daran muss man auch erinnern. Vergleicht man das mit den Staatstheatern in München, die zu 100 % finanziert werden, hätte das für Augsburg sogar eine Entlastung in Höhe von 16 Millionen Euro bedeutet.

Das Ganze ist also längst überfällig. Wenn ich dann noch anschau, warum diese Entscheidung genau kurz vor der Wahl getroffen wird, muss ich sagen: Das hat eigentlich nichts zu tun mit Respekt vor der Leistung von Augsburg, dem Ensemble und der Region. Das ist einzig und allein der panischen Angst vor einem Machtverlust geschuldet. Das ist der Menschen in Augsburg eigentlich unwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD sagen klar: Die Umwandlung ist verdient. Wir wollen helfen, die künstlerische Leistung zu sichern und sie noch auszubauen. Deshalb unterstützen wir den Gesetzentwurf. In dem Gesetzgebungsverfahren, das in den nächsten zwei bis drei Wochen sehr eilig durchgeht, müssen ein paar Aussagen, die Sie, Frau Kiechle, getroffen haben, mit konkreten Verträgen und Vereinbarungen hinterlegt werden. Die Sache wird mit heißer Nadel gestrickt, damit der Termin 1. September, also kurz vor der Wahl, gehalten werden kann. Wir werden diese Eile mitgehen, aber wir wollen in den Beratungen einige Punkte verhandelt wissen.

Dazu gehören die notwendigen begleitenden Verträge mit der Stadt Augsburg, und zwar – ich betone es ausdrücklich – mit Beteiligung des Personals. Wie wird der Personalübergang organisiert? Stichwort: keine Schlechterstellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenüber heute. Stichwort: Sicherung der Mitsprachemöglichkeiten des Personalrats; das heißt Miteinbeziehen in alle personalrelevanten Diskussionen der kommenden Wochen.

Stichwort: Sicherstellungsverordnung. Das bedeutet die Sicherstellung, dass die heute gewählte Personal- und Schwerbehindertenvertretung ihre bisherigen Rechte auch nach Übergang in eine Stiftung Staatstheater beibehalten kann, bis es eine Neuwahl gegeben hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das heißt auch: Klarheit und klare Kante bei der Frage, wie es bei der Generalsanierung weitergeht. Da gibt es Grundvereinbarungen. Wir müssen aber zudem regeln, was passiert, falls es aufgrund der Änderung der Struktur in ein Staatstheater zu einem anderen bzw. erweiterten Raumbedarf kommt. Wenn ein solcher Raumbedarf notwendig wird, geht er nach unserer Auffassung klar und eindeutig auf die Kappe des Freistaats Bayern.

Wichtig für die SPD bayernweit: Die Umwandlung von einem Stadt- zu einem Staatstheater in Stiftungsform darf nicht zulasten der weiter bestehenden nichtstaatlichen

Theater gehen. Das heißt: Zusätzliche Mittel müssen im Haushalt eingestellt werden, wie es im Nachtragshaushalt angedeutet ist.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem darf auch die freie Szene in Bayern nicht darunter leiden; das heißt, keine finanziellen Einbußen erfahren. Es muss eher so sein, wie wir es in unseren Änderungsanträgen zum Haushalt immer fordern: Mehr Geld für die freie Szene.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die SPD begrüßt es, dass nun auch die Staatsregierung und die noch regierende CSU dieses Thema für sich entdeckt haben. Wir bedauern, dass das so lange gedauert hat. Die weiteren Gesetzesberatungen werden wir konstruktiv und mit positiver Grundhaltung führen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr, Kollege Güller. – Kollege Kränzle für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Bernd Kränzle (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal Ihnen, Frau Ministerin, herzlichen Dank für die außerordentlich sachliche und tiefgehende Begründung des Gesetzentwurfs. Dieses Gesetz hat nur zwölf Artikel und damit drei Artikel weniger als das Errichtungsgesetz der Stiftung in Nürnberg. Kommen Sie jetzt aber bitte nicht mit Artikel 11a, den ich bei diesen zwölf Artikeln nicht mitgezählt habe.

Lieber Kollege Güller, ich freue mich, dass uns die SPD jetzt so nachhaltig unterstützt. Diese Freude werden wir in den Ausschüssen erleben; daran habe ich keinen Zweifel. Zwei Feststellungen müssen aber erlaubt sein.

Sie erinnern sich sicher an 2004, als wir im Wissenschaftsausschuss über eine Errichtung in Nürnberg gesprochen haben. Ab diesem Zeitpunkt hat man immer wieder auch Augsburg thematisiert, und man hat alles getan, um die Unterstützung der nichtstaatli-

chen Theater zu ermöglichen. Ich erinnere mich, dass man damals mit Staatsminister Dr. Goppel eine Zweckverbandsvereinbarung überlegte, wonach der Landkreis an den Betriebskosten des Stadttheaters Augsburg beteiligt sein sollte. In Augsburg hat damals die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Kulturreferentin gestellt. Wir sind keinen Schritt weiter gekommen.

Jetzt sprechen Sie heute den Zeitpunkt an. – Wenn Sie genau lesen, lieber Kollege Güller, hat dieses Datum 1. September einen unglaublichen Vorteil. Sie brauchen da nicht von Wahlkampf zu sprechen. Das ist überhaupt mit der Tatsache zu begründen: Wir sind Metropole geworden, und zwar auch durch die Entscheidung des damaligen Finanz- und Heimatministers und jetzigen Ministerpräsidenten. Mit der Aufzoning zur Metropole ist die Unterstützung des Metropolgebietes und der kulturpolitischen Landschaft in ganz Bayern verbunden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wenn wir jetzt als drittgrößte Stadt Bayerns in den Genuss kommen, ein Staatstheater zu erhalten, sollte man auch überlegen – und das hängt nicht nur mit den nichtstaatlichen Unterstützungsmaßnahmen zusammen, sondern es gibt auch andere Bereiche –, dass auch Würzburg sagen könnte, es wolle ein Staatstheater haben, oder gestatten Sie die Erinnerung an Coburg und Gotha, wo es auch schon Überlegungen gegeben hat. Diese Staatstheaterdiskussion beschäftigt uns nicht erst seit heute, sondern schon immer.

Dadurch, dass dieses Gesetz am 1. September in Kraft treten soll, werden zusätzliche 2,9 Millionen Euro zu den Betriebskosten in Augsburg möglich und finanziert. 34 % sind diesbezüglich überhaupt nicht kleingerechnet. Ich war Staatssekretär unter Staatsminister Zehetmair, und ich kann mich erinnern, dass das Haus auch bei den Betriebskosten immer eine nachhaltige Unterstützung geleistet hat. Das muss man einmal sagen.

Ein weiterer Punkt – und den möchte ich deutlich hervorheben – ist die Leistung der Stadt Augsburg. Herr Kollege Güller, Sie wissen genauso wie der Kollege Hintersberger, der selbst berufsmäßiger Stadtrat war, dass wir das hohe Niveau immer gehalten

haben, und der Freistaat hat uns immer paritätisch unterstützt. Bei 12 Millionen Euro bekamen wir sechs Millionen Euro für die Betriebskosten, bei acht Millionen Euro waren es vier Millionen Euro. Hier muss klipp und klar gesagt werden, dass jetzt dieser zweite Schritt nach einer jahrelangen Diskussion und nach jahrelangen Bemühungen erfolgt, das zu ermöglichen.

Über den Bauunterhalt müssen Sie sich keine Gedanken machen. Sie müssen nur bei Ihrer Stadt Augsburg nachfragen, was die CSU-Fraktion und Ihre Fraktion, die SPD-Fraktion, und die Kooperation der GRÜNEN in den Haushaltsplan für die Generalsanierung des Stadttheaters einbringen. Dazu möchte ich eine Bemerkung machen: Ohne den Freistaat Bayern bzw. ohne das Landesamt für Denkmalpflege wären wir heute nicht so weit, wie wir sind. Herr Dr. Jäger, der hier sitzt, wird bestätigen, was hier alles unternommen wird. Nicht zuletzt erhalten wir 75 % Zuschuss zu den Kosten für die Generalsanierung in Höhe von 189 Millionen Euro.

Bei der derzeitigen Situation jetzt von einem Wahlkampfthema zu sprechen, ist meiner Ansicht fehl am Platz. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen doch genau, dass der ehemalige Personalreferent, der vor Ihnen steht, nach wie vor ein sehr enges Verhältnis zu all den Betriebsräten in Augsburg hat. Lieber Kollege Güller, das wird genauso gemacht wie bei der Universitätsklinik. Machen Sie sich bitte keine Sorgen. Fragen Sie bitte bei Ihrer eigenen Stadtratsfraktion nach, was hier geschieht, unter welchen Besitzstandsüberlegungen und unter welcher Mitbestimmung und Mitwirkung hier gearbeitet wird.

Ich bedanke mich herzlich bei den Kollegen der CSU, die mitgehen. Sie gehen jetzt auch mit. Damit sind wir schon fast alle. Ich sage natürlich auch den Ausschussmitgliedern meiner Fraktion und vor allem dir, lieber Oliver Jörg, herzlichen Dank. Gerade du hast dich im Vorfeld der Diskussion darum bemüht, dass wir das schaffen, und hast deshalb mit dem Ministerpräsidenten, mit dem Minister und mit der Ministerin immer wieder Gespräche geführt. Herzlichen Dank!

Ich glaube, dieses schöne Thema eignet sich nicht als Wahlkampfthema. Vielleicht spielt Deutschland morgen genauso gut Fußball, wie wir heute Politik machen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Kränzle. – Die nächste Wortmeldung: Kollege Prof. Dr. Piazolo. Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FREIEN WÄHLER und insbesondere die schwäbischen Kollegen freuen sich natürlich, dass Augsburg Staatstheater wird. Es hätte aber früher passieren können, lieber Herr Kränzle.

(Zuruf von der CSU)

Ich möchte auf einen Antrag der FREIEN WÄHLER vom Juli 2016 "Metropolregion ernst nehmen – Ein Staatstheater für Augsburg" verweisen. Er wurde zu einem Zeitpunkt eingebracht, kurz nachdem der heutige Ministerpräsident die Metropolregion ausgerufen hat. Wir haben gesagt: Liebe Staatsregierung, wollt ihr das nicht prüfen, und wollt ihr euch nicht Nürnberg mit dem Stiftungsmodell als Beispiel nehmen? – Das war ziemlich exakt das, was heute kommt.

Die Kollegen der CSU haben gemäß der Beschlussempfehlung den Antrag mit 9 Stimmen abgelehnt, ein Kollege der CSU hat sich enthalten. Originalton aus dem Protokoll zur Sitzung am 07.12.2016: Das Stiftungsmodell lässt sich nicht realisieren – zu hohe Ausgaben – führt andernorts zu Frustrationen. Damit es diese Frustrationen nicht gibt, sollten wir etwas tun, zum Beispiel auch in Würzburg. Dann kam, auch von der CSU-Fraktion: Das Argument, Augsburg als Metropole, überzeugt nicht, kommt zur Unzeit im Jahr 2016. – Darauf meine Erwiderung: Ich denke, ihr bringt es kurz vor der Landtagswahl, ich werde euch daran erinnern. Heute, kurz vor der Landtagswahl: Die gleiche Idee wird verwirklicht. Wir freuen uns, dass sie verwirklicht wird, aber ich denke,

die Argumente, die die CSU damals gebracht hat, sollte man heute nicht mehr bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir freuen uns, dass Augsburg hier als dritter Standort, als Metropolregion ernstgenommen wird; denn – das wurde bereits in den Beiträgen gesagt – Augsburg hat es verdient. Es hat in dem Dreispartentheater in den letzten Jahren eine hervorragende Arbeit geleistet. Es wurde auch vom Freistaat unterstützt. Die Betriebskosten sind aber unter anderem weggelaufen. Insofern ist es jetzt notwendig, Hilfestellung zu leisten. Das war auch schon angedacht, als es weiterhin ein städtisches Theater bleiben sollte und man es auch unterstützen wollte.

Ich finde es aber vernünftig, hier das Stiftungsmodell wie in Nürnberg zu verwirklichen. Allerdings sage ich auch deutlich: Gerade uns FREIEN WÄHLERN geht es nicht nur darum, die drei Metropolen zu unterstützen und die drei Staatstheater, sondern es geht uns gerade auch angesichts einer Stadt wie Würzburg, aber auch vieler anderer Gemeinden darum, dass diese nicht vernachlässigt werden. Trotz drei Staatstheatern dürfen die anderen städtischen Theater nicht zurückbleiben. Insofern fordern wir eine intensive Diskussion darüber und vielleicht gerade jetzt auch eine entsprechende Unterstützung.

Wir werden dieses Gesetz unterstützen und morgen im Ausschuss die Diskussion positiv begleiten. Liebe CSU-Fraktion, wenn ihr öfter auf die FREIEN WÄHLER hören würdet – G 9, Studiengebühren, Staatstheater –, dann würden die Dinge in Bayern manchmal schneller ans Ziel kommen. Sie sollten also manchmal über Ihren Schatten springen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darf ich Kollegen Dr. Dürr das Wort erteilen. Bitte schön.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der frühere Finanzminister Söder macht derzeit als neuer Ministerpräsident vieles, um sich von seinem alten Vorgänger abzuheben und neuen Schwung zu inszenieren. Naturgemäß sind da viel heiße Luft und viel Pfusch dabei. Aber manches ergibt auf den ersten Blick Sinn. Für den vorliegenden Gesetzentwurf gilt beides. Für die Stadt Augsburg – das haben wir schon gehört – ist positiv, dass sie an dieser Stelle dauerhaft entlastet wird. Das Theater soll dauerhaft gesichert werden. Das ist überfällig. Das tragen wir mit. Deshalb werden wir zustimmen.

Wir tragen aber nicht die Art mit, in der diese beiden Ziele erreicht werden. Dies ist eine Art des Herumpfuschens, die ganz und gar nichts mit durchdachter Politik und schon gar nichts mit Kulturpolitik zu tun hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbst wenn es kein Wahlkampfmanöver wäre, wäre die Begründung immer noch verfehlt. Es ist zumindest unter uns Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitikern heutzutage zum Glück unstrittig, dass Landtag und Regierung eine Verantwortung für die gesamte bayerische Kulturlandschaft haben, nicht nur für die eigenen Staatsinstitutionen. Das war vor Kurzem noch anders. Da bin ich froh, dass die CSU dazugelernt hat.

Jetzt fehlt beim Lernprozess noch eine Verständigung darüber, wie wir dieser Verantwortung wirklich gerecht werden können. Es ist klar, dass wir nicht alle Institutionen über einen Kamm scheren können. Die immer noch gern genutzte Gießkanne ist auf Dauer nicht hilfreich.

Klar ist auch: Wir müssen die Kommunen und Regionen in die Lage versetzen, Einrichtungen von lokaler und regionaler Bedeutung so zu erhalten, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können. Dabei muss der Freistaat auch finanziell helfend zur Hand gehen. Darüber hinaus haben wir in Bayern zum Glück viele Kulturinstitutionen von landesweiter Bedeutung und sogar Ausstrahlung darüber hinaus. Die brauchen eine dauerhafte institutionelle staatliche Unterstützung.

An dieser Stelle ist die Staatsregierung leider in zweierlei Hinsicht auf dem falschen Dampfer; denn welche Einrichtungen diese Bedeutung haben, lässt sich eben nicht strukturpolitisch entscheiden. Es besagt wenig, ob eine Einrichtung in einer vermeintlichen oder wirklichen Metropolregion ist. Das ist völlig wurscht. Davon hängt die Bedeutung der Einrichtung nicht ab. Es ist auch kein sinnvoller Weg, den Regionen in Bayern hin und wieder übers Land verstreut zentralstaatliche Gunst zu erweisen und zu erwarten, dass sie dankbar sind, wenn es hier ein lokales Glasmuseum und dort ein örtliches Porzellanmuseum, eine städtische Oper oder ein kommunales Theater trifft, die verstaatlicht werden. Das ist keine Kulturpolitik. Das ist der zweite Holzweg. Die einzige Maßnahme, die Ihnen einfällt, ist die Verstaatlichung. Das kann es doch wirklich nicht sein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Verstaatlichung hat viele Vorteile, aber in diesem Bereich leider nicht. Verstaatlichung kann heutzutage nur in Ausnahmefällen die geeignete Form staatlicher Verantwortung sein. Der Freistaat kann nicht alle Häuser übernehmen, die Unterstützung brauchen oder verdienen. Das geht einfach nicht, und schon gar nicht deswegen, weil es der CSU gerade struktur- und machtpolitisch passt. Das ist für uns kein Kriterium. Das ist keine sinnvolle Politik für Bayern.

Kolleginnen und Kollegen, deswegen fordere ich Sie zum wiederholten Mal zur Grundsatze debatte darüber auf, wie der Freistaat endlich seiner Verantwortung für die gesamte Kulturlandschaft gerecht werden kann, nämlich mit einem Landesentwicklungsplan, verlässlichen Strukturen regionaler Förderpolitik, einem Kulturraumgesetz und nachvollziehbaren Kriterien und Fördergrundsätzen. Da muss endlich etwas passieren. Darüber müssen wir uns verständigen, und wenn es in der nächsten Legislatur ist.

Schließlich müssen wir über die Qualität – das wird hart – und über die Aufgabe und die Funktion der jeweiligen Museen, Theater, Orchester und all der Einrichtungen

reden, die sich in Bayern um Kultur verdient machen. Hin und wieder mit Einzelmaßnahmen die Provinz zu beglücken, damit die ruhig ist, wird die Schieflage zwischen Landeshauptstadt und Regionen in der staatlichen Förderung nicht korrigieren.

Noch ein Satz zum Schluss: Es ist armselig, dass ein für unser Land wichtiges Theater erst staatlich werden muss, damit die Regierung sich wirklich darum kümmert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Dr. Dürr. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis?

(Georg Rosenthal (SPD): Ja!)

– Dann ist das so beschlossen.